

Mittwochsgesellschaft: Qualität und Grenzen moderner Verbraucherpolitik

Aufklärung, Nudging, Selbstregulierung – die Vorstellungen einer richtigen Verbraucherpolitik sind vielfältig und verändern sich im Laufe der Zeit. Bei der Berliner Mittwochsgesellschaft am 21. September diskutierten die Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit Heiko Maas, dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz darüber, was eine moderne Verbraucherpolitik braucht und wie sie sich auf das B2B-Geschäft auswirken kann.

Die Aufklärung der Verbraucher, ihre Daten zu schützen, werde gerade im Zeitalter der Digitalisierung immer wichtiger. Gleichzeitig stelle sich das Problem, dass Verbraucher mit zu vielen Informationen konfrontiert würden, die nicht mehr zu bewältigen seien. Dies gelte z.B. für Allgemeine Geschäftsbedingungen im Internet. Für das Lesen aller AGB, denen man tagtäglich zustimme, würden 76 Arbeitstage benötigt, so Minister Maas in seiner Rede bei der 27. Berliner Mittwochsgesellschaft des Handels zum Thema "Moderne Verbraucherpolitik ohne Verbote - reichen Aufklärung, Nudging und Selbstregulierung aus?", zu der die METRO GROUP in Kooperation mit dem BGA und HDE eingeladen hatte.

Minister Maas: den Verbraucher öfter „anstupsen“

In den Augen des Verbraucherschutzministers könnten Aufklärung, Nudging und Selbstregulierung einen bedeutenden Beitrag für eine moderne Verbraucherpolitik leisten, die weniger auf Verbote setzt. Beispielhaft sei die Verwendung von Bio-Siegeln im Handel. Gleichwohl sei die Zeit des „Nichts-tuns“ spätestens seit der Finanzkrise und einigen Lebensmittelskandalen vorbei. Deshalb müsse die Politik dafür sorgen, dass der Verbraucher öfter „angestupst“ werde. Zur Weiterentwicklung einer modernen Verbraucherpolitik setzt der Minister auf einen Dialog mit Verbraucherverbänden und Wirtschaft.

BGA: B2B-Geschäft im Auge behalten

Der BGA hat den Minister auf einen für den Großhandel besonders wichtigen Aspekt hingewiesen, der in der Diskussion um eine moderne Verbraucherpolitik nicht unter den

Tisch fallen darf. So ist die Tendenz des Gesetzgebers zu beobachten, Vorgaben des Verbraucherschutzes auf Gebiete zu übertragen, die mit Verbrauchern gar nichts zu tun haben. Hierzu gehört der große Bereich der Geschäfte zwischen Unternehmen unterschiedlichster Branchen. Allein im Großhandel reicht das Spektrum vom Selbstbedienungs-großhandel für Lebensmittel bis zum Industrielieferer von Komponenten und Metallen. Ganz aktuell will die Bundesregierung eine Haftungsverschärfung des Verkäufers für Aus- und Einbaukosten im Verbrauchsgüterkauf auf das B2B-Geschäft erstrecken. Dem liegt offenbar die Annahme zugrunde, dass auch bei Geschäften zwischen Unternehmen der Käufer stets in der unterlegenen bzw. schutzwür-digeren Position sei – was jedoch nicht der Realität entspricht.

Unternehmen sind keine Verbraucher

Die Kunden der Großhändler aus Industrie und Handwerk, Gastronomie und Einzelhandel sind Profis auf ihrem Gebiet. Die Vertragspartner im B2B-Geschäft können ganz unterschiedlich starke wirtschaftliche Machtpositionen innehaben, oft mit dem Überlegenen auf der Käuferseite. Anders als es dem Gedanken des Verbraucherschutzes zugrunde liegt, verläuft die Lieferkette im B2B-Geschäft nicht immer „von groß nach klein“. Vielmehr gehört für die kleinen und mittelständischen Großhandelsunternehmen der Verkauf an Unternehmen der Großindustrie zum täglichen Geschäft. Für Handel und Dienstleistungen mit Profi-Kunden müssen deshalb andere Regeln als im Verbrauchergeschäft gelten.

[Alexander Kolodzik]

BGA AKTUELL

BGA: Anti-TTIP- und CETA-Organisationen gefährden Deutschlands Zukunft

„Wider besseres Wissen wird weiterhin gegen TTIP und CETA Fundamental-opposition betrieben. Den Organisatoren geht es nicht um Aufklärung und das Wohl des Bürgers. Vielmehr schüren hier Interessengruppen ganz bewusst die Angst vor Überfremdung, wie sie auch schon die Brexit-Befürworter erfolgreich zu nutzen wussten. Sie befördern ein dumpfes Gefühl, dass wir künftig Großkonzernen aus dem Reich des Bösen schutzlos ausgeliefert seien. Dabei kommen die Bedrohungen für die Exportnation Deutschland von ganz anderer Seite. Ich sehe mit großer Sorge und Unverständnis, dass es protektionistischen Kräften in Deutschland gelingt, die Bevölkerung gegen ihr eigenes Erfolgsmodell auf die Straße zu locken.“

Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner anlässlich der Demonstrationen mit dem Motto „TTIP und CETA stoppen“, die am 17. September 2016 in mehreren deutschen Städten veranstaltet wurden.

„In der Diskussion um TTIP wurden bereits viele Bedenken aufgenommen, die meisten Einwände waren von vornherein unberechtigt. Wir sehen nach wie vor die großen Chancen, die die Schaffung der größten Freihandelszone der Welt für unser Land eröffnet. Es wäre wünschenswert, wenn in die innenpolitische Debatte endlich Sachlichkeit und Sachverstand Einzug fänden“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 17. September 2016

Experten und Praktiker brechen Lanze für Print - Grosso-Jahrestagung 2016 eröffnet

Frank Nolte, Erster Vorsitzender des Bundesverbands Presse-Grosso (BVPG), hat beim Jahreskongress seines Verbands am 13./14. September 2016 in Baden-Baden, Handel und Verlage dazu aufgerufen, als „überzeugte Print-Botschafter nach innen und außen“ aufzutreten. „Dann können wir auch unsere Kunden und Mitarbeiter motivieren zum aktiven Verkaufen mit Leidenschaft“, sagte der BVPG-Vorsitzende. Dank eines „einmaligen Pressevertriebssystems“ könnten die Deutschen aus einem reichhaltigen Presseangebot auswählen, jedes Jahr drängten über 800 neue Titel auf den Markt. Dennoch würden die Debatten zu oft

von digitalen Medienangeboten und -kanälen bestimmt. „Die Erträge kommen jedoch weiterhin im Wesentlichen aus dem klassischen Printvertrieb.“ Nolte forderte seine Zuhörer dazu auf, „dieses Geschäft zu hegen und zu pflegen und Zuversicht zu verbreiten“.

Auch Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“, forderte seine Zuhörer dazu auf, nicht auf die „üblichen Verdächtigen unter den Digital-Apologeten“ zu hören. Die „Zeit“ habe in den vergangenen Jahren ihren Anteil junger Leser halten können. „Die überwiegende Mehrheit unserer Leser will die Zeitung gedruckt haben, und zwar in alle Ewigkeit“, sagte di Lorenzo.

① Pressemitteilung des Bundesverband Presse-Grosso (Auszug) vom 13. September 2016

Außenhandel leben und gestalten / 70-jähriges Verbandsjubiläum des AHV NRW

„Seit 70 Jahren ist es unsere Profession, auf der Klaviatur des Außenhandels zu spielen. WIR! - die Außenhändler sind viel auf Reisen, um unsere Produkte und Dienstleistungen weltweit zu kaufen und zu verkaufen. Dabei bewältigen wir immer neue Probleme und damit meine ich nicht nur Handelshemmnisse: Der IS-Terror, der Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten, allen voran der Bürgerkrieg in Syrien, der weiterhin schwelende Russland/Ukraine Konflikt, oder die Renationalisierungstendenzen einzelner EU-Staaten seien stellvertretend genannt. Dies verunsichert uns Außenhändler und fordert uns gleichermaßen heraus“, betonte Theo-Heinz Nientimp in seiner Eröffnungsrede anlässlich der Feier zum 70jährigen Bestehen des Außenhandelsverbandes Nordrhein-Westfalen (AHV NRW) in Düsseldorf.

Bei spätsommerlichem Wetter feierten Nordrhein-Westfalens Außenhändler zusammen mit Vertretern der Außenhandelsspitzenverbände und Mitgliedern des Diplomatischen Korps in Düsseldorf den runden Geburtstag. Zu den zahlreichen Gästen gehörte u.a. auch Alan Bridwell, Executive Director der North East Tennessee Valley Industrial Association (NETVRIDA). Die NETVRIDA verfügt über ein qualitativ hochwertiges Netzwerk, das deutschen Unternehmen im Südwesten der USA Türen öffnen kann.

① Pressemitteilung Außenhandelsverband Nordrhein-Westfalen vom 21. September 2016

KONJUNKTUR

Moderates Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte

Der Expansionskurs Deutschlands fiel in der ersten Jahreshälfte solide aus. Die gesamtwirtschaftliche Leistung stieg um 1,1 Prozent im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2015. Nach einem relativ schwungvollen Jahresauftakt ging das Expansionstempo bereits im zweiten Quartal leicht zurück. Nach Angaben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) trugen insbesondere im ersten Halbjahr 2016 das Baugewerbe, die Unternehmens- und die öffentlichen Dienstleister überdurchschnittlich zur Wirtschaftsleistung bei. Neben den milden Witterungsbedingungen dürften die zusätzlichen Aktivitäten zur Bewältigung der Migration maßgeblich gewesen sein. Nach Einschätzung des BMWi dürften aber diese Impulse im zweiten Halbjahr geringer ausfallen.

Die Bauwirtschaft hatte einen kräftigen Aufschwung. Dort lagen die Auftragseingänge in den vergangenen drei Monaten circa 18 Prozent über dem Niveau des Vorjahres und die Zahl der Baugenehmigungen fiel um rund 30 Prozent höher aus, konstatiert das BMWi.

Der private Konsum bildet weiterhin das Fundament für eine solide Konjunktur, angesichts der positiven Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung. Letztlich zeigt auch der GfK-Konsumklimaindex, dass die Kauflaune unter den Verbrauchern ungebremst ist und notiert derweilen wieder den Höchststand vom vorherigen Sommer. Die gesamtwirtschaftliche Leistung Deutschlands wurde dabei von 43,7 Millionen Erwerbstätigen im Juli erbracht. Dies stellt eine neue Rekordmarke dar, so das BMWi. Ferner bleibt auch die Nachfrage nach Arbeitskräften ungebrochen.

Nach wie vor bleibt das außenwirtschaftliche Umfeld schwierig. Nach der im Juli veröffentlichten Prognose des Internationalen Währungsfonds dürfte das Weltwirtschaftswachstum 3,1 Prozent entsprechen. Die OECD nannte im Sommer 3,0 Prozent als globales Wirtschaftswachstum für 2016. Im Euroraum verlangsamte sich das Wachstum leicht auf 0,3 Prozent im zweiten Quartal. Zuvor lag es im ersten Quartal bei soliden 0,6 Prozent. Vor diesem Hintergrund werden für die kommenden Monate keine nennenswerten Wachstumserwartungen für die deutschen Absatzmärkte geschürt. Schließlich haben sich auch die

Risiken im außenwirtschaftlichen Umfeld aufgrund der Brexit-Entscheidung erhöht.

Das globale Wachstum wird auch in der zweiten Jahreshälfte verhalten bleiben. Die aktuellen Indikatoren deuten in der Eurozone auf eine eher gemächliche konjunkturelle Belebung hin. Das Expansionstempo der Schwellenländer wird weiterhin moderat voranschreiten. Rohstoff exportierende Länder wie Russland sind weiterhin durch die relativ niedrigen Rohstoffpreisen beeinträchtigt. Alles in allem sind aufgrund des außenwirtschaftlichen Umfeldes keine positiven Impulse für den Außenhandel in die kommende Zeit zu erwarten.

[Moritz Melchior]

ARBEIT

Vollzeitbeschäftigte arbeiteten 2015 im Durchschnitt 40,5 Stunden pro Woche

In Deutschland arbeiteten im Jahr 2015 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Vollzeittätigkeit im Mittel 40,5 Stunden pro Woche. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hat sich die durchschnittliche gewöhnliche Wochenarbeitszeit sowohl vollzeit- als auch teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den letzten 20 Jahren um eine halbe Stunde erhöht. Die Arbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten unterlag in dieser Zeit jedoch größeren Schwankungen: Von 1996 bis 2005 ist sie zunächst um gut eine Stunde auf den bisherigen Tiefststand von 17,7 Stunden pro Woche gesunken. Seither stieg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit Teilzeitbeschäftigter um 1,6 Stunden pro Woche an und lag im Jahr 2015 bei 19,3 Stunden.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 15. September 2016

Arbeitskosten im 2. Quartal 2016 um 1,8 % höher als im 2. Quartal 2015

In Deutschland sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Zeitraum zweites Quartal 2015 bis zum zweiten Quartal 2016 kalenderbereinigt um 1,8 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stiegen die Arbeitskosten im Vergleich zum Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 0,2 %.

① DESTATIS-Pressemitteilung (Auszug) vom 8. September 2016

ENERGIE

REACH in der Praxis Workshop: REACH 2018 - meine Pflichten, meine Sorgen

Ein weiterer Praxisworkshop des UBA findet am 16. November 2016 in Berlin statt. Der Workshop richtet sich an alle Unternehmen, Verbände, Behörden und gesellschaftlichen Interessengruppen, kleine und mittlere Unternehmen, die (ggf. erstmalig) in den REACH-Prozessen aktiv werden wollen oder dies müssen und auf Anfragen von Lieferanten, Kunden und Behörden adäquat reagieren möchten und ihre Kommunikationspflichten und -rechte aktiv wahrnehmen wollen. Auf folgende Themen wird bei der Veranstaltung eingegangen:

- Sicherheitsdatenblätter: wann sind sie erforderlich und welche Ansätze existieren zur Vereinfachung der Kommunikation (Branchenbeispiel der BG Bau SDB Transfer),
 - Notifizierungspflichten gegenüber den Behörden, wann müssen Unternehmen aktiv werden und warum sind diese Notifizierungen wichtig für ein Gelingen von REACH,
 - Kommunikation im Rahmen der Entscheidungsfindung zur weitergehenden Regulierung von Stoffrisiken, Informationsweitergabe in informellen REACH Prozessen (z.B. RMOA): Zeitverschwendung oder Schritt zur Vermeidung von Fehlentwicklungen bei der Entwicklung neuer Maßnahmen.
- ❶ Die Veranstaltung findet im Bundespresseamt, am 16. November 2016, von 10-17 Uhr, Reichstagsufer 14, 10117 Berlin statt. Anmelden kann man sich unter <https://www.umweltbundesamt.de/reach-in-der-praxis-iv-fachworkshop-4-anmeldung>
- ❶ Eine Beschreibung des Workshops ist unter folgendem Link zu finden: <https://www.umweltbundesamt.de/reach-in-der-praxis-iv-fachworkshop-4-reach-2018>.
- ❶ Für die Veranstaltung wird ein Kostenbeitrag von 20,- EUR verpflichtend erhoben.

Zitat der Woche

»Ein Unternehmen dieser Größe, dieser Internationalität und Komplexität kann man nicht mit den Prinzipien und Strukturen von gestern steuern.«

Matthias Müller, VW-Chef, zur Zukunft des Automobilkonzerns

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 26. September 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich